

VI
MENSCHENRECHTE - GERECHTIGKEIT - FRIEDEN: EIN
AUSBLICK

Die Nachrichten, die uns täglich aus dem Nahen Osten erreichen, stimmen nicht optimistisch. Es scheint als ob die radikalen Kräfte die Oberhand gewinnen und das »Gaza-Jericho-Abkommen« innerhalb der palästinensischen Gesellschaft jede Unterstützung verliere. Die »Prinzipienerklärung« und die nachfolgenden Vereinbarungen werden weder die Region sofort befrieden, noch werden sie die gerechte Grundlage für einen Palästinenser-Staat abgeben. Dazu bedarf es weiterer Konzessionen von Seiten Israels. Den Palästinensern wird durch die Vereinbarung nicht das Selbstbestimmungsrecht und die Freiheit gegeben, sondern es wird eine — auf absehbare Zeit — begrenzte Autonomie unter israelischer Kontrolle und nach israelischen Vorstellungen sein. Es ist die Fortsetzung der Besetzung mit anderen Mitteln. Ohne Selbstbestimmungsrecht und Freiheit werden die Menschenrechte der Palästinenser nicht garantiert werden können. Selbstbestimmung und Freiheit lassen sich nur durch das Ende der Besetzung erreichen. Erst dann kann es Sicherheit, Menschenrechte und Frieden in Gerechtigkeit geben. Die Politik Israels in den kommenden Jahren zielt, was Jerusalem anbelangt, aber weiter auf die Penetration des besetzten Landes.

Wie steht es mit der gerechten Behandlung der palästinensischen Sache? Welche Position vertritt Israel? 30 Prozent der Westbank, was Israel als »Groß-Jerusalem« bezeichnet, sind überhaupt nicht verhandelbar. Ebenso soll Hebron als religiöser Ort für Juden einen speziellen Status erhalten. Die Siedlungen im Jordantal bleiben außerhalb der palästinensischen Kontrolle. Der Rest der Westbank ist mit großen jüdischen Siedlungen durchsetzt, die zu ihrer Kontrolle starke militärische Verbände notwendig machen. Die Siedlungen werden sich letztlich als das große Hindernis für einen gerechten Frieden erweisen. Die vorübergehende Autonomie darf nicht den Verzicht auf die Souveränität bedeuten.

Obleich Ministerpräsident Yitzhak Rabin das Massaker von Hebron als »antijüdisch und antizionistisch« bezeichnete und den Mörder einen »Ha-

mas-Juden« nannte, hängen er und die Siedler voneinander ab. Rabin braucht die Siedler, um seine Vorstellungen von Autonomie den Palästinensern aufzuzwingen und die Siedler brauchen ihn für die Garantie ihrer Existenz. Sie unterscheiden sich nur in ihrer Interpretation. Die religiös motivierten Siedler wollen in einem großen »Eretz Israel« leben und berufen sich dabei auf »göttliches Recht«, während Rabin sich die besetzten Gebiete wie eine Art »Bantustanisierung« vorstellt, in denen Israel für die Sicherheit, die Wirtschaft, die Siedlungen und die auswärtigen Beziehungen verantwortlich ist und die Palästinenser ihre persönlichen Dinge allein regeln können. Von selten der israelischen Regierung kann und will man die Siedler nicht schutzlos lassen. Sie, die man 27 Jahre ermutigt und großzügig materiell als »Pioniere« zur Besiedlung von »Judäa« und »Samaria« aufgefordert hatte, können nicht von heute auf morgen kriminalisiert werden. Die israelische Regierung hat die Verantwortung für die Rückkehr der Siedler und deren Wiedereingliederung in Israel. Erst wenn sich ein Stimmungsumschwung und ein Bewußtseinswandel innerhalb eines Teils der israelischen Gesellschaft und der Siedler vollzogen hat, könnte unbefangener über die Siedlungen geredet werden. Daß sie eines Tages alle mit Zustimmung Israels - für den Preis eines dauerhaften Friedens - aufgelöst werden könnten, ist zwar zu hoffen, aber nicht zu erwarten.

Seit der Unterzeichnung der »Prinzipienerklärung« hat sich die Gewalt von beiden Seiten auf einem Niveau eingependelt, das an die Hochzeiten der Intifada erinnert. Radikale Siedler und Hamas-Aktivisten gießen weiter Öl ins Feuer. Den Palästinensern ist langsam bewußt geworden, daß das Abkommen ihnen wenig eigenen Handlungsspielraum läßt. Haider Abdel Shafi hat dies in einem Interview im »Spiegel« vom 2. Mai 1994 erst wieder deutlich gemacht. Für ihn wäre eine Unterzeichnung nicht in Frage gekommen, weil keines der palästinensischen Essentials auch nur angesprochen worden ist. Israel hätte sich wenigstens zu einem Stop der Siedlungspolitik, zu einem Ende der Beschlagnahme von Land, für die Beendigung der Zerstörung von Häusern, für ein Ende der Tötungen durch die »Todesschwadronen«, für die Rückgabe der Wasserrechte, für die Einhaltung der Vierten Genfer Konvention, die Einfrierung der Anwendung aller aus der britischen Mandatszeit übernommenen Notstandsverordnungen, die Aufhebung der Pressezensur, die Erlaubnis zur Familienzusammenführung, die Abschaffung aller Gesetze, die eine politische Betätigung in den besetzten Gebieten verbieten, für die Lockerung der harschen administrativen Verordnungen sowie die Aufhebung der diskriminierenden Paßgesetze bereiterklären sollen. Nichts dergleichen ist geschehen.

Verfechter des Abkommens beschwören immer wieder die noch nicht ausgeschöpften Möglichkeiten und verweisen auf den Prozeßcharakter und die Alternativlosigkeit des Weges. Sollte das Abkommen noch ungeahnte Optionen enthalten, wird von Israel eine flexiblere Haltung und viel Konzessionsbereitschaft erwartet. Warum wurde diese aber nicht schon im Abkommen dokumentiert? Da es in Verhandlungen immer um die Durchsetzung von Interessen geht, darf gefragt werden, was die PLO für Druckmittel in der Hand hat, um die Interessen der Palästinenser zu realisieren. Alle Pfunde, die sie hatte, wurden für ein Abkommen gegeben, das ihnen nur die Anerkennung und den Status des Geächteten im Westen genommen hat. Oder hatte die PLO keine andere Wahl? War dies die Frucht der »Neuen Weltordnung« in bezug auf den Nahen Osten, sprich die Durchsetzung des Rechtes des Stärkeren? War dies der Preis dafür, daß die PLO zu den Verlierern des Golfkrieges gehörte? Die Fatah-Fraktion um Arafat war nicht länger bereit, für die Selbstbestimmung und die Rückkehr der Palästinenser zu kämpfen, zu dessen Zweck einmal die PLO gegründet worden war. Die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes hatte bisher die Palästinenser auf der Seite der Verlierer gesehen. Ihn unter den gegenwärtigen machtpolitischen Verhältnissen fortzusetzen hieße, jegliche palästinensischen Interessen aufs Spiel zu setzen. Deshalb war die Arafat-Fraktion bereit zu nehmen, was die »Neue Weltordnung« ihnen bot. Unter diesen nicht sehr rosigen Aussichten ist es nicht verwunderlich, daß die ehemalige Sprecherin der palästinensischen Verhandlungsdelegation, Hanan Ashrawi, ihr Amt am 9. Dezember 1993 niedergelegt hat.

Ein Ende der Menschenrechtsverletzungen und einen Frieden im Nahen Osten wird es nur geben, wenn es zu einer ehrlichen und gerechten Lösung für die Palästinenser kommt. Dazu bedarf es neben Israel der Gründung eines Palästinenserstaates, in dem das Recht auf Selbstbestimmung anerkannt ist. Erst dann kann über eine wie auch immer geartete Konföderation mit Jordanien und Israel nachgedacht werden. Erst wenn die Ursachen für die Diskriminierungen beseitigt sein werden, wird es Sicherheit und Stabilität für die Region geben. Dazu gehört auch, daß die arabische Seite bereit sein muß, mit Israel in der Region wirklich zusammenleben zu wollen. Sie darf nicht länger den insgeheimen Wunsch hegen, eines Tages die Israelis doch noch besiegen zu wollen. Jerusalem muß auch die Hauptstadt eines Palästinenserstaates sein, dazu braucht sie nicht geteilt zu werden. Von fortschrittlichen Israelis gibt es Denkmodelle, wie Jerusalem gemeinsam verwaltet werden kann. Sie plädieren sogar für einen Einheitsstaat »Israel-Palästina«, weil dies die billigste Lösung sei. Sollte es aber eine Lösung ohne die Einbe-

ziehung der »Heiligen« geben, wie Jerusalem ehrfurchtsvoll von den Palästinensern genannt wird, wird die Zukunft »grausam« und ungewiß sein. Der Streit um Jerusalem ist schon voll im Gange. So fordert Jerusalems Bürgermeister Ehud Olmert die völlige Schließung aller palästinensischen Einrichtungen. Dies ist jedoch nicht möglich, weil im Rahmen der bilateralen Gespräche die israelische Regierung in einem Brief an Arafat die Erhaltung aller palästinensischen Institutionen zugesagt hat. Diese Zusage bewertet Amos Carmel in »Yediot Aharonot« vom 8. Juni 1994 folgendermaßen: »Kurz gesagt: Falls Worte und Dokumente überhaupt wichtig sind, so stellt der Brief des israelischen Außenministers an den PLO-Chef, der ihm durch das norwegische Außenministerium überreicht worden ist, eine starke Beeinträchtigung der israelischen Position betreffend Jerusalem dar.« Arafats südafrikanische »Djihad-Rede« vom 10. Mai 1994 erscheint nun in einem anderen Licht. Wirkliche Sicherheit kann es ebenfalls für Israel nicht geben, wenn es weiterhin das Land eines anderen Volkes besetzt hält. Die negativen Auswirkungen der Besetzung auf die Moral der Israelis sollten nicht gering geschätzt werden. An den besetzten Gebieten festzuhalten, setzt den Haß fort und schafft nur eine »tödliche« Sicherheit, es wäre nicht mehr als ein »kalter Friede«. Warum können die Siedler nicht auch in einem Palästinenserstaat leben, dessen Staatsbürgerschaft sie annehmen und der ihnen gleiche Rechte garantieren würde und demgegenüber sie loyal sein müßten? Sie müßten sich einer palästinensischen Souveränität unterwerfen oder aber ins israelische Kernland zurückkehren. Das enteignete Land muß entweder zurückgegeben oder adäquat entschädigt werden. Dazu bedarf es aber eines Abschieds von Zerrbildern wie »Terroristen« und »Mördern« hier und »Zionisten« und »Imperialisten« dort. Denn solange die Menschen nicht ihren Haß und ihre Vorurteile aus ihren Herzen verbannt haben, kann es zu keinem gerechten Ausgleich in Israel und Palästina kommen. So sind die Palästinenser nicht die »Bewohner der Gebiete« oder ein Hindernis für Israels Expansionspläne, sondern sie sind mit den Juden zusammen die ursprünglichen Bewohner des historischen Palästina mit einem Anrecht auch auf ihren eigenen Staat neben Israel. Der Abbau von gegenseitigen Feindbildern und Stereotypen, insbesondere in israelischen Schulbüchern muß in sein Gegenteil verkehrt werden. So schreibt der Knesset-Abgeordnete Has-hem Mahamid in »Ha'aretz« vom 3. November 1993, daß das israelische Bildungssystem den Kindern permanent und systematisch die Dämonisierung der Araber vermittelt habe. Es bedarf deshalb primär eines Humanisierungsprozesses, um einen Bewußtseinswandel einzuleiten, um damit langfristig den Friedensprozeß zu stabilisieren. Der Frieden zwischen bei-

den Völkern ist primär ein Bewußtseinsprozeß, und die technischen Regelungen, auf die Rabin so großen Wert legt, sind nur schmückendes Beiwerk. Ist nicht Südafrika ein Beispiel dafür, daß sich ein Volk auf Dauer nicht unterdrücken läßt? Erst seit die Diskriminierungen an ein Ende gekommen sind, war Frieden möglich. Israel sollte nicht den Irrweg Südafrikas gehen, sondern den Großmut aufbringen, den Palästinensern sofort Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen und den direkten Weg zum Frieden zu gehen. Wenn der Friedensprozeß und die Annäherung auch nur den Schimmer einer Chance haben sollen, muß dies auf beiden Seiten einhergehen mit einer Akzeptanz der Veränderungen auf moralischem, geistigem und psychologischem Gebiet. Gerade weil solche Veränderungen schwierig sind, müssen beide Völker einer Vision von einer neuen Gesellschaft folgen, deren Basis friedliche Koexistenz, gegenseitiger Respekt und menschliche Würde ist, anstatt nur über funktionale Lösungen nachzudenken, die eine neuerliche Teilung nur festschreiben, aber beide Völker wieder zwingt, sich wiederum eine Niederlage einzugestehen. So müssen die Israelis den palästinensischen Staat als in ihrem Interesse liegend akzeptieren, der ihrer Sicherheit und ihrer Lebensqualität dienlich ist. Sie sollten zu der Erkenntnis kommen, daß es in ihrem Interesse liegt, das Recht auf einen palästinensischen Staat in friedlicher Koexistenz mit Israel zu akzeptieren. Bedarf es darüber hinaus für einen wirklichen Frieden aber nicht auch eines Schuldeingeständnisses von Seiten Israels, wie dies Arnold Hottinger in seinem Vorwort ausgedrückt hat? Aber erst durch das Ende der Besetzung und die Achtung der Menschenrechte wird es zu einem dauerhaften Frieden in der Region kommen